

Dr. Helen Fürst

Präsidentin Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. (GKV)

Rede zur Jahrespressekonferenz am 14. Februar 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Redetext im Web verfügbar unter
www.gkv.de

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Fachmedien, sehr geehrte Damen und Herren,
ich heiße Sie hier in Frankfurt am Main herzlich willkommen zur Jahres-Wirtschaftspressekonferenz der Kunststoff verarbeitenden Industrie am Aschermittwoch des Jahres 2024. Als wir im vergangenen Jahr hier zusammengekommen sind, überwog noch in weiten Teilen der Industrie die Zuversicht, an das Wachstum früherer Jahre anknüpfen zu können. Schon zum Ende des ersten Quartals des vergangenen Jahres verdichteten sich jedoch die Anzeichen dafür, dass für die Industrie in Deutschland schwere Zeiten heraufziehen.

Die Industrie in Deutschland befindet sich in der Rezession. Und das auch zu erheblichen Teilen aus in Deutschland hausgemachten Gründen. Insbesondere die Konsumausgaben der Verbraucher gingen seit dem ersten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorjahr zurück. Ursächlich war die Sorge vieler privater Haushalte vor steigenden Energiepreisen. Im Jahresverlauf wurde deutlich, dass sich auch die anziehenden Zinsen dämpfend auf Ausgaben für Konsum und Kredite auswirken. Im Vergleich zu anderen Ländern war Deutschland besonders abhängig von Gaslieferungen aus Russland und hatte bereits vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine im internationalen Vergleich sehr hohe Strompreise. Das führte zu einem dramatischen Umsatzeinbruch der energieintensiven Industrien. Die Investitionsankündigungen der

Die GKV -Trägerverbände:



Industrievereinigung
Verstärkte Kunststoffe e. V.



Fachverband Schaumkunststoffe
und Polyurethane e. V.



IK Industrievereinigung
Kunststoffverpackungen e. V.



Industrieverband langlebige
Kunststoffprodukte und
Mehrwegsysteme e. V.

Unternehmen gingen im vergangenen Jahr dramatisch zurück. Insolvenzen auch von Unternehmen aus dem industriellen Mittelstand mehren sich.

In vielen Kundenindustrien unseres Industriezweigs sind die Umsätze im vergangenen Jahr teilweise deutlich eingebrochen. Der Umsatz der Kunststoff verarbeitenden Industrie ging in diesem wirtschaftlich unruhigen Umfeld im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr um fast sechs Prozent zurück und lag bei rund 72,5 Milliarden Euro. Der Inlandsumsatz ging stärker zurück als der Umsatz mit dem Ausland. Die Folge des Auftragsrückgangs sind für viele Branchenunternehmen Kurzarbeit und Investitionsstopp. Zu diesem Ergebnis kommt auch die jährliche Unternehmensbefragung des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie, deren Ergebnisse wir Ihnen im zweiten Teil dieser Pressekonferenz vorstellen.

Die Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise in Deutschland sind überwiegend struktureller Natur. Deshalb brauchen wir eine zukunftsorientierte Wachstumsagenda, damit die Industrie in Deutschland in zwei bis drei Jahren wieder Fahrt aufnehmen kann. Mir sind aus Sicht der Kunststoff verarbeitenden Industrie vier Themen für eine Wachstumsagenda ein besonderes Anliegen:

1. Deutschland darf bei den Transformationen den energieintensiven Mittelstand nicht vergessen.

Die Transformationen mit den Zielen Treibhausgasneutralität und Kreislaufwirtschaft erfordern hohe Investitionen von den Unternehmen, die nur dann getätigt werden, wenn die Unternehmen eine langfristige Perspektive für sich am Standort Deutschland sehen. Die aktuelle Wirtschaftskrise bremst die Transformation unserer Wirtschaft aus. Der damalige Bundesfinanzminister und heutige Bundeskanzler Scholz hat der gesamten Industrie 2021 einen international wettbewerbsfähigen Strompreis versprochen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung der Forderung weiter Teile der Industrie, zumindest die Stromsteuer auf den europäischen Mindestsatz zu senken, gefolgt ist. Leider gilt der neue Steuersatz nur befristet für zwei Jahre. Zu Beginn des neuen Jahres kündigten die Netzbetreiber drastische Steigerungen der Netzentgelte an, die einen erheblichen Teil der Entlastung wieder zunichtemachen. Der Anstieg der Netzentgelte ist auch eine Folge der teuren Pläne der Bundesregierung zum Netzausbau. Und aus dem wissenschaftlichen Beirat des von der FDP geführten Bundesfinanzministeriums war im Sommer des vergangenen Jahres zu vernehmen, dass ein Industriestrompreis womöglich notwendige Anpassungsprozesse, d.h. Insolvenzen und Standortverlagerungen der Industrie, verhindern werde. Es drängt sich der Eindruck auf, dass

die Koalitionspartner der Bundesregierung völlig unterschiedliche Ziele verfolgen. Der Aufruf von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck zu mehr „Standortpatriotismus“ an die Adresse der deutschen Wirtschaft muss dem industriellen Mittelstand wie Hohn vorkommen. Die Bundesregierung kann angesichts der schlechten Rahmenbedingungen froh sein, dass überhaupt noch so viele hochpatriotische Unternehmerinnen und Unternehmen in Deutschland jeden Tag für den Erhalt von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen arbeiten. Planbarkeit und Verlässlichkeit müssen wieder die Maximen der Wirtschaftspolitik werden. Andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union machen uns vor, dass Lösungen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, auch für wettbewerbsfähige Strompreise, gefunden werden können, wenn man nur will. Wir brauchen nur zu unseren Nachbarn nach Frankreich zu schauen.

2. Innovationen und Wertschöpfung entstehen aus klugen Ideen in den Unternehmen, nicht aus Regelungsflut und Bürokratie.

Dass es in Zeiten der Transformation auch an mancher Stelle Anpassungen von Gesetzen und Vorschriften bedarf, stelle ich nicht in Abrede. Gleichwohl ist die Flut an neuen und immer detaillierteren Rechtsvorschriften und Meldepflichten für die große Mehrheit der mittelständischen Unternehmen kaum mehr zu bewältigen und verunsichert die Unternehmen zusehends. Die Europäische Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle ist von zuvor 25 Artikeln auf 29 Seiten auf 65 Artikel auf mehr als 100 Seiten in diesem Jahr zuzüglich vieler neuer Anhänge und Ermächtigungen der Kommission für zusätzliche delegierter Rechtsakte angewachsen. Für andere europäische Rechtsnormen wie die Vorschriften für Altfahrzeuge und Bauprodukte gilt das in ähnlichem Maße. Zusätzliche Berichts- und Nachweispflichten entstehen für die Unternehmen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, dem neuen Energieeffizienzgesetz, dem neuen Einwegkunststofffondsgesetz, der Taxonomie, der CSRD, demnächst womöglich noch einer neuen EU-Verordnung gegen Kunststoffgranulat-Verluste und vielen anderen Vorschriften mehr. Immer mehr Bürokratie schafft aber nicht mehr Innovationen, sondern sie gefährdet die Existenz von Unternehmen.

Wie schädlich mitunter bereits Vorschläge für neue Vorschriften für die Wirtschaft sein können, auch wenn sie noch gar nicht beschlossen sind, kann man leidvoll an den massiven negativen Auswirkungen der Diskussion über ein Verbot von PFAS auf die Hersteller und Verarbeiter von Fluorpolymeren nachvollziehen. Das Beschränkungsverfahren zur PFAS-Stoffgruppe läuft ohne differenzierte, stoff- und anwendungsspezifische Risikobewertung. Dabei verfügen etwa die ebenfalls in dieser Stoffgruppe eingruppierten 38 Fluorpolymeren über ein gänzlich anderes

Sicherheitsprofil als die übrigen rund 10.000 PFAS. Kämen hier weitreichende Beschränkungen auf uns zu, würde sich die Abhängigkeit Europas bei Hochleistungskunststoffen erhöhen, während die Ziele des Green Deal kaum erreichbar wären.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass Arbeitsplätze für die Wertschöpfung entstehen und nicht wegen des so genannten „Erfüllungsaufwands“ der Unternehmen für neue Vorschriften. Europa und Deutschland brauchen ein wirksames Stoppschild gegen Bürokratie. Wir fordern, dass mindestens die Hälfte aller Vorschriften innerhalb der nächsten Wahlperiode des Europaparlaments abgeschafft werden. Neue Gesetze, Richtlinien, Verordnungen bzw. delegierte Rechtsakte der EU und des Bundes sollen künftig im Regelfall nur noch fünf Jahre gültig sein.

3. Vorfahrt für Investitionen. Klares Nein zur Plastiksteuer!

Trotz der Wirtschaftskrise sind die Steuereinnahmen des Bundes weiter auf Rekordniveau. Der Steuerzahlerbund rechnete vor wenigen Tagen vor, dass die Ausgaben des Bundeshaushalts 2024 um 39 Prozent über denen im letzten Jahr vor der Corona-Pandemie 2019 liegen. Der Staat konsumiert zu viel. Gleichzeitig wurden für die Transformation der Wirtschaft wichtige Förderprogramme gestrichen, beispielsweise die Förderung des Bundes für den Leichtbau. Ab 2025 sollen dann auch noch die Verbraucher über eine neue zusätzliche Plastiksteuer für einen Teil des Mitgliedsbeitrags der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Union zur Kasse gebeten werden. Mit dem Griff in die Taschen der Verbraucher wird weder für die Wirtschaft noch für die Umwelt irgendetwas besser. Ein Verschieben der Plastiksteuer um ein Jahr fördert die Verunsicherung und ist keine Lösung. Wir fordern: Die Bundesregierung muss auf ihre Pläne für eine unsinnige, unsoziale und schädliche Plastiksteuer sofort verzichten!

4. Deutschland muss die Chancen der Digitalisierung konsequenter als bisher nutzen.

Weitere Teile der mittelständischen Industrie in Deutschland verzeichnen seit Jahren einen erheblichen Mangel an technischen Fachkräften. Spätestens seit den Corona-Jahren ist aus dem Mangel an Fachkräften ein Mangel an Arbeitskräften geworden. Die Situation wird durch die demografische Entwicklung in den kommenden Jahren nochmals drastisch verschärft. Trotz aller Bemühungen zu einer Trendumkehr wird kein Weg daran vorbeiführen, die Chancen der Digitalisierung konsequenter zu heben. Digitale Technologien und Künstliche Intelligenz ermöglichen es der mittelständischen Industrie, mit deutlich weniger Arbeits- und Fachkräften auszukommen. Deutschland läuft Gefahr, bei der Digitalisierung international den Anschluss zu verlieren. Das betrifft auch die in weiten Teilen des Landes unzureichende Mobilfunk-

Infrastruktur. Gerade in den ländlichen Räumen, in denen die weitaus überwiegende Zahl der mittelständischen Industriebetriebe zuhause ist, sind die Voraussetzungen für eine Industrie 4.0 nicht gegeben. Es fehlt an einem systematischen Wissensaufbau über die Möglichkeiten digitaler Technologien in der Industrie, von der Schule über die Berufsausbildung bis hin zu Studium und Forschung. Darüber hinaus geht die Entwicklung von Schnittstellen für wichtige Kunststoffverarbeitungstechnologien nach meinem Gefühl viel zu langsam voran. Industrie 4.0 wird nur dann neue Impulse für Wachstum und Innovation senden, wenn sie den Weg von den Modellfabriken in den industriellen Mittelstand schafft und den Unternehmen dabei hilft, wieder international wettbewerbsfähig zu werden. Es ist von immenser Bedeutung, dass die Rahmenbedingungen konsequent mit einer Digitalisierungsstrategie für den Mittelstand gestellt werden.

Ich bin davon überzeugt, die beschriebene Wachstumsagenda kann die dringendsten Probleme unserer Wirtschaft lösen, Verlässlichkeit und verlorenes Vertrauen wiederherstellen und den Menschen in Deutschland neue Zuversicht geben. Das ist auch die beste Medizin gegen Populismus und Radikalismus.

Kommen wir zu den Einzelheiten der Wirtschaftsentwicklung in den Marktsegmenten der Kunststoffverarbeitung: 2023 war ein schwieriges Jahr für die deutsche Kunststoffverpackungsindustrie – gekennzeichnet von einem Produktionsrückgang von minus 10 Prozent auf 3,8 Mio. Tonnen und Umsatzrückgang von minus 7,7 Prozent auf 16,8 Mrd. Euro, bilanziert die IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen. Wichtigster Grund hierfür ist Nachfrageschwäche bedeutender Kundenindustrien: Die Automobilindustrie berichtet für 2023 zwar von einem Produktionsplus, dennoch dominierte für die Zuliefererindustrien Planlosigkeit, Kostensteigerungen und sinkende Umsätze. Der Rückgang der Baukonjunktur setzte sich 2023 fort und die Chemische Industrie weist ohne Pharma gar einen Produktionsrückgang von 11 Prozent aus. Die Nachfrage nach Konsumgütern sank 2023 – besonders die Ausgaben für Nahrungsmittel und Getränke. Auch die vermehrte Substitution durch Papier und Papierverbunde erklärt einen Teil des dramatischen Produktionsrückgangs. Zudem berichtet die Branche von vermehrten Importen zu Lasten der deutschen Industrieproduktion. Die Exporte von Kunststoffverpackungen gingen als Folge stark verschlechterter Wettbewerbsfähigkeit, v.a. wegen steigender Energiekosten, ebenfalls zurück. Hoffnung für eine Erholung im nächsten halben Jahr gibt es kaum. Sechs von zehn IK-Mitgliedern bewerten die Wirtschaftslage in Deutschland derzeit als „schlecht“. Der Ausblick auf das Gesamtjahr 2024 ist durchwachsen. Kritische Absatzbranchen bleiben aufgrund der schwachen Nachfrage wohl weiter die Chemie- und Bauindustrie. Auch im Bereich Konsumgüter wird weiter Kaufzurückhaltung erwartet.

Die Unternehmen aus den Bereichen langlebige Kunststoffprodukte und Mehrwegsysteme aus Kunststoff berichten von einer schwierigen, aber weitgehend stabilen Auftragslage im Jahr 2023, so der Verband pro-K. Einem relativ guten ersten Halbjahr 2023 folgte ein eher stagnierendes bis rückläufiges zweites. Die Unternehmen verzeichneten in der Folge insgesamt betrachtet leichte Umsatzrückgänge im Geschäftsjahr 2023, auch wenn die Einschränkungen der Corona-Pandemie besser verkraftet wurden als zunächst erwartet. Die geopolitische Situation infolge des Ukrainekriegs und des Nahost-Konflikts lässt aktuell nur wenig Planungssicherheit zu. Das generelle Marktumfeld bleibt volatil. Nachteilige Auswirkungen haben die Einbrüche in der Baubranche, obwohl energetische Sanierung und nachhaltiges Bauen Megatrends bleiben. Belastungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher etwa in Form von höheren Preisen für Strom, Gas und Benzin dürften sich negativ auf das Konsumklima auswirken.

Für die Polyurethan- und Schaumkunststoff-Industrie war 2023 ein durchweg schwieriges Jahr, wie der FSK Fachverband Schaumkunststoffe und Polyurethane berichtet. Das erste Halbjahr verlief schleppend, im dritten Quartal erfolgte ein starker Nachfragerückgang. Im Bereich Bau, Polster und Matratzen war ein konjunktureller Einbruch zu verzeichnen. Der Weltmarkt war 2023 mit starkem Wettbewerb aus Asien, insbesondere aus der Volksrepublik China, konfrontiert. Der Wettbewerbsdruck seitens asiatischer Hersteller verbunden mit einem Angebotsüberhang schlug sich auch auf die deutschen Exporte in die USA nieder, die deutlich zurückgingen. Nachteilig auf den privaten Konsum wirkte sich 2023 die hohe Inflation aus. Das Jahr war für die Polyurethan- und Schaumkunststoffindustrie zudem geprägt von Versorgungsproblemen im Bereich von Zuschlagsstoffen, Rohstoffen und notwendigen Grundstoffen. Die Chemische Industrie und Kunststoffindustrie gerieten nicht zuletzt aufgrund auch von Piraterie auf Handelsschiffe unter Druck. Lange Umwege über das Kapp der Guten Hoffnung mussten in Kauf genommen werden. Zerrissene Lieferketten, hohe Frachtpreise und damit einhergehende Unsicherheiten im Markt waren an der Tagesordnung. Es kam zu einer gestiegenen Zahl an Force Majeure-Meldungen. Die Stimmung in der Polyurethan- und Schaumkunststoffindustrie war und ist bis auf weiteres nicht gut bzw. schlecht.

Die Composites-Industrie konnte über viele Jahre ein kontinuierliches Wachstum ausweisen. Die beiden zentralen Anwendungsbereiche für Composites sind der Mobilitätssektor sowie der Bau- und Infrastrukturbereich. Die AVK Industrievereinigung Verstärkte Kunststoffe sieht allerdings auch für die Composites-Industrie für das vergangene Jahr einen deutlichen Produktionsrückgang. Belastet wird der Markt vor allem durch eine schwächelnde Baukonjunktur und nach wie vor schwache Zulassungszahlen für Kraftfahrzeuge in Europa. Das Produktionsvolumen vor

der Corona-Pandemie konnte bislang nicht wieder erreicht werden. Dennoch wird erwartet, dass es sich bei den derzeitigen Produktionsrückgängen um kurz- bis mittelfristige Effekte handelte. Wachstumsimpulse liefern derzeit vor allem der Windenergiebereich sowie thermoplastische Anwendungen im Transportsektor. Speziell im Bereich der Batterietechnik zeigen sich aber auch gute Chancen für duroplastische Materialien.

Soweit die Einschätzungen aus den Trägerverbänden des GKV.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!